

Absage an Änderungen des Bodenrechts - Baron Elverfeldt betont Grundrechte

Gegen Änderungen im landwirtschaftlichen Bodenrecht spricht sich der designierte neue Vorsitzende der Familienbetriebe Land und Forst, Max Frhr. von Elverfeldt, aus. „Ich plädiere dafür, das bestehende Grundstücksrecht zunächst konsequent anzuwenden“, sagt Baron Elverfeldt im Interview. Aus seiner Sicht rechtfertigt das Ziel einer breiten Eigentumsstreuung in der Landwirtschaft nicht den Eingriff in Grundrechte und in die Privatautonomie. Beispielsweise stünden Flächenobergrenzen für die Genehmigung von Verkauf oder Verpachtung im Widerspruch zur Eigentumsgarantie. Die Diskussion um den Einstieg von Investoren in die Landwirtschaft hält Baron Elverfeldt für übertrieben.

Länderberichte 1

Pflanzenschutz- und Düngemittelabsatz in Deutschland weiter rückläufig

Während die globalen Märkte für Pflanzenschutzmittel und Mineraldünger einem stetigen Wachstumstrend folgen, haben die deutschen Landwirte ihren Verbrauch dieser Betriebsmittel 2018 im Vorjahresvergleich weiter deutlich eingeschränkt. Laut Industrieverband Agrar schrumpften die Umsätze der in ihm organisierten Unternehmen der deutschen Pflanzenschutzindustrie zum vierten Mal in Folge, und zwar um 7,4 % auf 1,282 Mrd Euro. Grund dafür war vor allem der trockene Sommer, der auch auf den Absatz an Mineraldüngern gedrückt hat. Nur noch 1,497 Mio t Stickstoffdünger wurden in der Düngeperiode 2017/18 nachgefragt, was einen Rückgang von 9,8 % bedeutete.

Länderberichte 12 und 14

Verbände rufen zur Europawahl auf - Zukunft der Landwirtschaft steht auf dem Spiel

Ihre Kernpositionen zur Zukunft des Agrarsektors haben die europäischen Landwirte und landwirtschaftlichen Genossenschaften vorgelegt. In einer gemeinsamen Erklärung „WeFarm4EU“ appellieren die EU-Ausschüsse der Bauernverbände (COPA) und ländlichen Genossenschaften (COGECA) an die gesamte europäische Agrargemeinschaft, zur Wahl zu gehen. „Diese Europawahl hat für die europäischen Landwirte eine große Bedeutung“, betonte COPA-Präsident Joachim Rukwied. Bei der Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik gehe es um die Zukunft der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes. „Bei dieser Wahl stimmen wir also über unsere eigene Zukunft ab“, betonte Rukwied.

EU-Nachrichten 7

Umweltminister für schärfere Düngeeregeln

Die Umweltministerkonferenz (UMK) drängt auf eine Verschärfung der Düngeverordnung. Bei ihrem Treffen in Hamburg forderten die Ressortchefs die Bundesregierung dazu auf, die geltende Verordnung „umfassend und zügig“ anzupassen. Eine ambitionierte Düngeverordnung sei ein geeignetes Instrument, der zu hohen Belastung mit Stickstoff entgegenzuwirken. Die Wirkung der derzeitigen Düngeverordnung reiche nicht aus, um die Gewässerschutzziele zu erreichen. Ausdrücklich sprechen sich die Minister dafür aus, an den 2017 festgelegten Kriterien für die Nitrat-Gebietskulisse festzuhalten. Ausdrücklich betont die UMK die Notwendigkeit, die Ammoniakemissionen aus der Landwirtschaft zu senken. Ihrem Beschluss zufolge soll für die Aufbringung von Gülle auf Acker- oder Grünland zeitnah die Verwendung emissionsarmer Verfahren vorgeschrieben werden. Die Ressortchefs mahnen eine nachhaltige Zukunftsstrategie für die Landwirtschaft an, in die auch die Düngeverordnung eingebettet werden müsse. Diese Strategie müsse nicht nur den Anforderungen der EU-Nitratrichtlinie gerecht werden, sondern auch im Hinblick auf die Wasserrahmenrichtlinie, die Richtlinie zur Reduktion der nationalen Emissionen bestimmter Luftschadstoffe und die nationale Biodiversitätsstrategie ausgerichtet werden. Ein Teil der Lösung könne dabei auch die Bindung der Tierhaltung an die Fläche sein. Keinen Beschluss fassten die Minister über den rechtssicheren Umgang mit dem Wolf, mahnten aber eine größere Unterstützung für die Weidetierhalter an.

Länderberichte 32